D-02-188-3

Dringlichkeitsantrag: Humanität und Ordnung: für eine anpackende, pragmatische und menschenrechtsbasierte Asyl- und Migrationspolitik

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte)

Änderungsantrag zu D-02

Von Zeile 187 bis 190:
Mittelmeer zu überqueren, gestorben oder gelten als vermisst. Die EU als Wertegemeinschaft darf dem Massensterben im Mittelmeer nicht tatenlos zusehen, sondern muss es beenden. Dabei ist es nicht hinnehmbar, dass europäische Staaten ihre Verantwortung an Drittstaaten oder kriminelle Milizen auslagern - die Unterstützung oder gar Zusammenarbeit mit der sogenannten libyschen Küstenwache lehnen wir daher explizit ab. Die Förderung der zivilen Seenotrettung durch den Bund ist ein wichtiger ~~Beitrag; sie kann jedoch keine~~Beitrag, den wir weiterhin unterstützen und ausweiten. Eine Einstellung dieser Unterstützung ist für uns undenkbar, solange Schutzsuchende im Mittelmeer oder Atlantik ertrinken. Der Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung stellen wir uns entschieden entgegen. Dabei dürfen wir die Ehrenamtlichen mit der Seenotrettung aber nicht weiter alleine lassen und setzen uns deshalb für staatlich koordinierte Seenotrettung ~~ersetzen~~entlang der Fluchtrouten im Mittelmeer und Atlantik ein.

Begründung

Es braucht die zivile Seenotrettung auf dem Mittelmeer und Atlantik, da Menschen aus unterschiedlichen Gründen gezwungen sind, ihre Heimat im globalen Süden zu verlassen. Die meisten von ihnen fliehen in das nächstgelegene Land. Einige machen sich aber auch auf den Weg nach Europa und es gibt noch keine legalen Migrationswege in die EU, weshalb sie den gefährlichen Weg in Schlauchbooten über das Meer nehmen.

Kooperationen mit der libyschen Küstenwache lehnen wir ab, weil diese nachweislich korrupt und an Menschenhandel beteiligt ist sowie Hilfe oftmals verwehrt.

Jeder Schutz suchende Mensch, der dabei ums Leben kommt, ist einer zuviel. Deshalb braucht es auch wieder eine staatliche Seenotrettung, die sich als solche versteht. Ob Menschen, die in Lebensgefahr sind, gerettet werden, darf nicht allein von freiwilligem Engagement abhängen.

weitere Antragsteller*innen

Shirin Kreße (KV Berlin-Mitte); Cim Kartal (KV Bielefeld); Sascha Krieger (KV Berlin-Pankow); Christoph Lorenz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Simon Haack (KV Münster); Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Simon Gast (KV Osnabrück-Land); Birger Dölling (KV Berlin-Mitte); Jan

Möbius (KV Berlin-Lichtenberg); Oskar Sander (KV Berlin-Mitte); Sabine Yündem (KV Remscheid); Sandra Smolka (KV Freising); Ocean Renner (KV Nordfriesland); Kathleen Wabrowetz (KV Berlin-Neukölln); Birgit Vasiliades (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Jennifer Bode (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Bernd Spielvogel (KV Berlin-Mitte); Dennis Nawrot (KV Gelsenkirchen); Tobias Jahn (KV Berlin-Mitte); sowie 56 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.